

# Antrag Nr. 16-F-03-0011

## Bündnis 90/Die Grünen

---

### Betreff:

Reduzierung von verkehrsbedingten Stickoxidbelastungen  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2016

### Antragstext:

Das Verwaltungsgericht Wiesbaden fordert von der hessischen Landeregierung, den Luftreinhalteplan für Wiesbaden innerhalb von 9 Monaten so zu ändern, dass der seit 2010 geltende Grenzwert für Stickoxide eingehalten wird. Das mit der Fortschreibung des Luftreinhalteplans angestrebte LKW-Durchfahrtsverbot wird aller Voraussicht nach nicht ausreichen, die Einhaltung der NOX-Grenzwerte sicherzustellen. Es sind daher weitergehende verkehrsbeschränkende Maßnahmen erforderlich.

### Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. In welcher Größenordnung wurde in Wiesbaden im Jahr 2015 der Grenzwert des Jahresmittelwerts für Stickoxide überschritten?
2. Welche weiteren Maßnahmen zur Reduzierung der NOX-Belastung sind aus Sicht des Magistrats zielführend?
3. Fanden bereits Gespräche mit dem Land Hessen zur Aufnahme weiterer Maßnahmen in den Luftreinhalteplan für Wiesbaden statt?
4. Könnte der überhöhte Jahresmittelwert der NOX-Belastung kurzfristig dadurch gesenkt werden, dass im Rahmen eines zunächst einjährigen Versuchs Fahrverbote mit zeitlicher Begrenzung (z.B. bestimmte Wochentage) für jeweils eine Teilmenge aller privaten Diesel-PKW verhängt würden?
5. Wie ist der derzeitige Sachstand bei der Einführung des LKW-Durchfahrtsverbots?

Wiesbaden, 10.02.2016

Barbara Düe  
Umweltpolitische Sprecherin

Julia Beltz  
Fraktionsreferentin